



GEMEINDE
9305 BERG SG

Projekt Nr. 153.3.001

28. Juni 2024

Beilage zum Baureglement

Erläuterungen zum PBG und BauR mit Skizzen

Mitwirkung

Inhaltsverzeichnis

ORTSPLANUNG

Planungsinstrumente	4
PBG Art. 1 Ortsplanung.....	4
BauR Art. 3 Planungsmittel.....	4

BEGRIFFE

Bauten	5
PBG Art. 73 Gebäude	5
PBG Art. 74 Kleinbauten	5
PBG Art. 75 Anbauten.....	5
PBG Art. 76 Vorbauten.....	5
PBG Art. 76a Unterirdische Bauten.....	5
BauR Art. 10 Ausfahrten und Vorplätze.....	6
Niveaupunkt	8
PBG Art. 77 Niveaupunkt	8
PBG Art. 78 Massgebendes Terrain.....	8

GRÖSSENBSCHRÄNKUNGEN

Gebäuelänge und -breite	9
PBG Art. 82 Gebäuelänge und Gebäudebreite	9
Gesamt- und Gebäudehöhe	9
PBG Art. 83 Gesamthöhe.....	9
PBG Art. 84 Gebäudehöhe.....	9
BauR Art. 17 Zuschlag für Gebäudehöhe.....	10
Dachraum	11
PBG Art. 84 Gebäudehöhe.....	11
PBG Art. 85 Dachraum.....	11
BauR Art. 18 Dachraum.....	11

NUTZUNGSZIFFERN

Geschossfläche	12
BauR Art. 15 Geschossfläche.....	12

ABSTÄNDE

Gewässerabstand	14
PBG Art. 90 Gewässerraum und Gewässerabstand	14
Waldabstand	14
PBG Art. 91 Waldabstand	14
Grenz- und Gebäudeabstand	15
PBG Art. 92 Grenzabstand.....	15
PBG Art. 93 Gebäudeabstand.....	15

PBG Art. 94 Abstände von Kleinbauten und Anbauten	15
PBG Art. 95 Abstandsfreie Gebäude und Gebäudeteile	15
BauR Art. 20 Kleinbauten und Anbauten	16
BauR Art. 21 Vorbauten und Dachvorsprünge.....	16
TERRAIN	
Terrainveränderungen	17
PBG Art. 97 Terrainveränderungen.....	17
BauR Art. 23 Abgrabungen und Stützkonstruktion	18
AUSSTATTUNG	
Spielplätze	19
PBG Art. 71 Spielplätze a) Erstellung.....	19
BauR Art. 14 Spiel- und Begegnungsbereiche	19
BauR Art. 12 Abstellplätze für Zweiräder.....	19
GESTALTUNG	
Ökologische Gestaltung.....	20
PBG Art. 130 Ökologischer Ausgleich.....	20
BauR Art. 26 Umgebungsgestaltung	20
BauR Art. 28 Begrünung von Flachdächern	20
INFOBLÄTTER, LEITFÄDEN UND ARBEITSHILFEN	
Ökologische Gestaltung.....	21
Lichtemissionen.....	22
Verkehrerschliessung.....	22

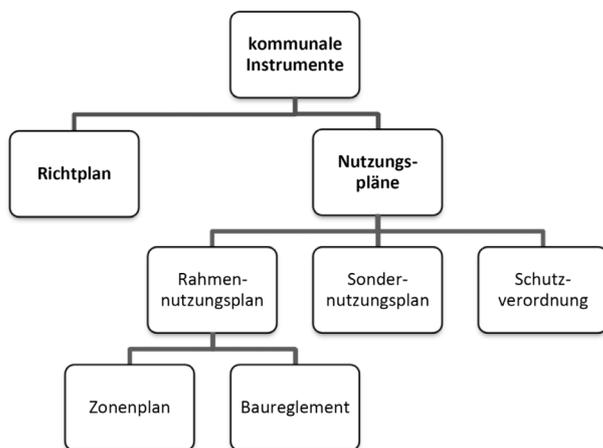
ORTSPLANUNG

Planungsinstrumente

PBG Art. 1 Ortsplanung

- ¹ Die Ortsplanung ist Sache der politischen Gemeinden.
- ² Instrumente sind der kommunale Richtplan und die kommunalen Nutzungspläne.
- ³ Kommunale Nutzungspläne sind:
 - a) Rahmennutzungsplan, bestehend aus Zonenplan und Baureglement;
 - b) Sondernutzungsplan;
 - c) Schutzverordnung.

Abbildung 1: Planungsinstrumente



BauR Art. 3 Planungsmittel

Dem Gemeinderat stehen die folgenden Planungsmittel zur Verfügung:

- a) kommunale Richtplanung;
- b) Rahmennutzungsplan (Zonenplan und Baureglement);
- c) Schutzverordnung;
- d) Sondernutzungsplan;
- e) Strassenplan;
- f) Erschliessungsprogramm;

BEGRIFFE

Bauten

PBG Art. 73 Gebäude

¹ Gebäude sind ortsfeste Bauten, die zum Schutz von Menschen, Tieren oder Sachen eine feste Überdachung und in der Regel weitere Abschlüsse aufweisen.

PBG Art. 74 Kleinbauten

¹ Kleinbauten sind frei stehende Gebäude, die in ihren Dimensionen die zulässige Masse nicht überschreiten.

PBG Art. 75 Anbauten

¹ Anbauten sind mit einem anderen Gebäude zusammengebaut, überschreiten in ihren Dimensionen die zulässige Masse nicht und enthalten nur Nebennutzflächen.

² Die Baubehörde kann ausnahmsweise Hauptnutzungen zulassen, wenn keine überwiegenden privaten oder öffentlichen Interessen entgegenstehen.

PBG Art. 76 Vorbauten

¹ Vorbauten sind punktuell oder nicht abgestützte, über die Fassade vorspringende Bauteile, wie Vordächer, Balkone, Erker, Veranden.

PBG Art. 76a Unterirdische Bauten

¹ Unterirdische Bauten sind unbewohnte und keinem regelmässigen Aufenthalt von Personen dienende Bauten oder Bauteile, die mit Ausnahme von notwendigen Zugängen und Zufahrten sowie der Geländer und Brüstungen unter dem natürlich gewachsenen oder dem gestalteten Terrain liegen.

Abbildung 2: Oberirdische Bauten

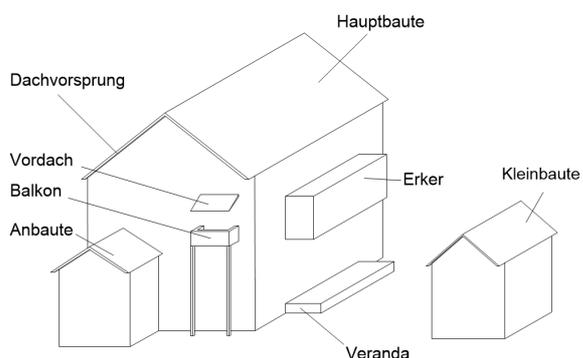
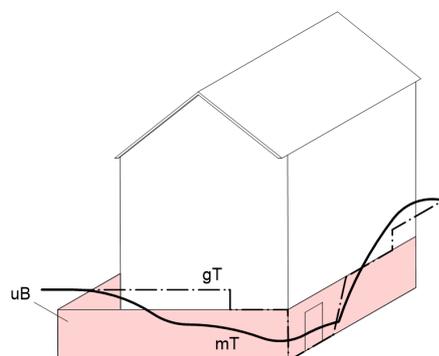


Abbildung 3: Unterirdische Bauten

gT gestaltetes Terrain
mT massgebendes Terrain
uB unterirdische Baute



BauR Art. 10 Ausfahrten und Vorplätze

¹ Zufahrten zu Einzelgaragen dürfen höchstens 15 %, Zufahrten zu Sammelgaragen und Höfen höchstens 12 % Neigung aufweisen. Auf einer Länge von 5.0 m vom Rand der Fahrbahn¹ aus beträgt das Gefälle in der Regel höchstens 5%.

² Grundstückszufahrten und Parkplätze sind so zu gestalten, dass die Verkehrssicherheit situationsgerecht gewährleistet ist. Senkrechtparkfelder müssen erkennbar sein. Die VSS-Normen sind wegleitend. Ausfahrten gegenüber öffentlichen Strassen sind mit einem Radius von 3 m auszurunden. Wo ein Trottoir besteht, soll der Ausrundungsradius mindestens 1.5 m betragen.

³ Bei jeder Garage ist ein privater Vorplatz von wenigstens 5.5 m Länge anzulegen. Für Garagen von Nutzfahrzeugen ist die Vorplatztiefe entsprechend zu vergrössern.

Abbildung 4: Vorplätze und Ausfahrten

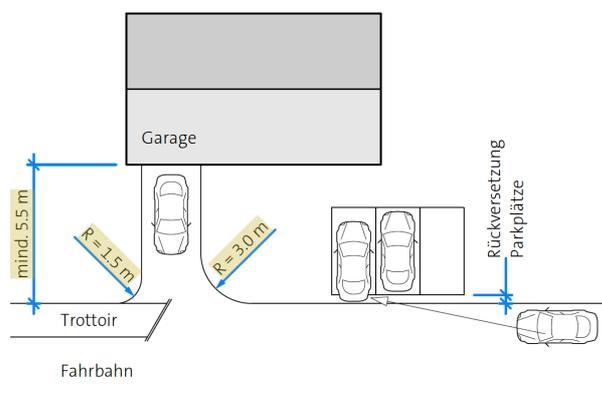
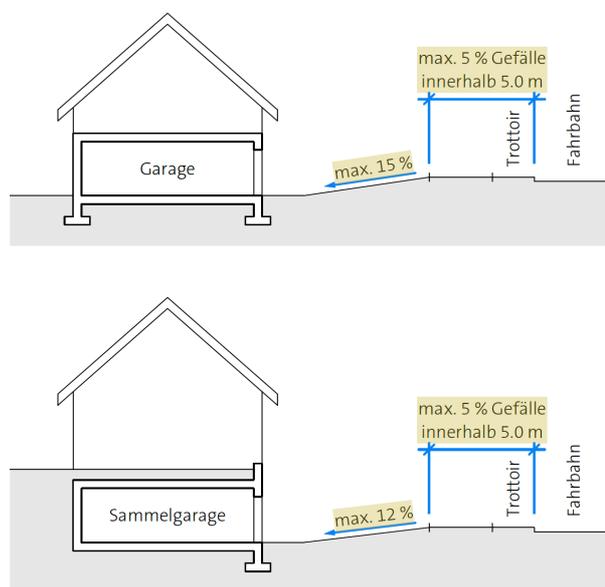


Abbildung 5: Zufahrten zu Garagen

**Erläuterung zu Art. 10**

Die Zulässigkeit von Senkrechtparkfeldern (mit Manövern auf der Fahrbahn) ist gemäss VSS 40 291 definiert. In VSS 40 050 werden diejenigen Fälle aufgezeigt, bei denen auf siedlungsorientierten Strassen rückwärts ausgefahren wird. Dies gilt nur für Zufahrten bis max. 15 Parkplätze. Bei Senkrechtparkplätzen machen freie Sichtwinkel keinen Sinn. Gemäss VSS 40 273a sind in diesen Fällen namentlich folgende Massnahmen zu prüfen:

- Vorverlegung der Haltelinie beim Parkplatz (Bewegung des parkierten Autos noch auf dem Parkplatz erkennbar)
- Tiefere Geschwindigkeit auf der Strasse (Reduktion des Anhalteweges)
- Höhenbeschränkung für Pflanzen etc. am Fahrbahnrand (Sichtbarkeit der Parkplätze)

¹ bei Trottoirs reduziert sich das Mass um die Breite des Trottoirs

Bei allen übrigen Strassen oder für grössere Parkieranlagen sind Grundstücks-zufahrten den Knoten grundsätzlich gleichgestellt; auch hinsichtlich der Sichtweiten (VSS 40 045).

Bei der Baueingabe müssen die Sichtfelder gemäss VSS 40 045 auf den Umgebungsplänen sichtbar sein.

Zu Abs. 3: Da Nutzfahrzeuge sehr unterschiedlich gross sind, wird kein festes Mass angegeben. Sie sind jeweils abhängig von den abgestellten Fahrzeuglängen festzulegen.

Niveaupunkt

PBG Art. 77 Niveaupunkt

¹ Als Niveaupunkt gilt der Schwerpunkt des flächenkleinsten Rechtecks auf dem massgebenden Terrain, welches das Gebäude ohne Vorbauten, Anbauten und Dachvorsprünge umhüllt.

² Für Anbauten und zusammengebaute Gebäude wird der Niveaupunkt für jedes Gebäude oder jeden Gebäudeteil einzeln bestimmt.

PBG Art. 78 Massgebendes Terrain

¹ Als massgebendes Terrain gilt der natürliche oder, wenn dieser nicht mehr festgestellt werden kann, der bewilligte Geländeverlauf. Besteht kein bewilligter Geländeverlauf, wird vom natürlich gewachsenen Geländeverlauf der Umgebung ausgegangen.

² Das massgebende Terrain kann im Nutzungsplan abweichend festgelegt werden.

Abbildung 6: Flächenkleinstes Rechteck und Niveaupunkt

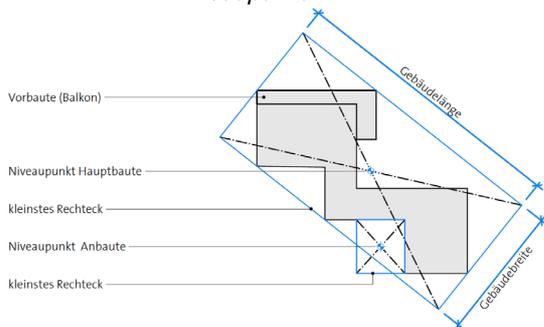


Abbildung 7: Niveaupunkt je Baute

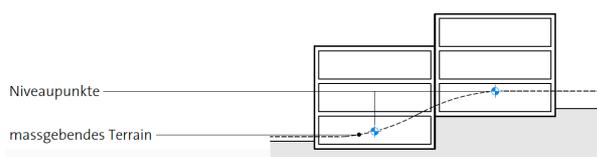
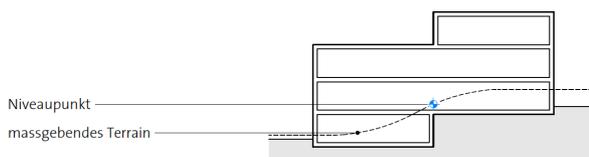


Abbildung 8: Niveaupunkt bei Terrassenhäusern



GRÖSSENBSCHRÄNKUNGEN

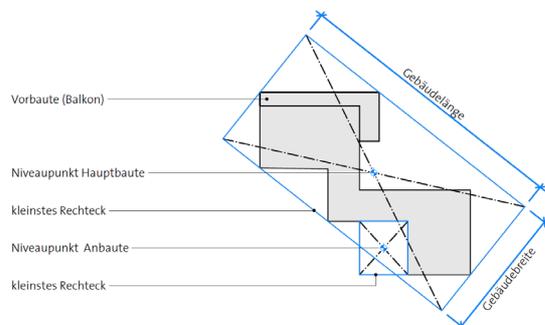
Gebäudelänge und -breite

PBG Art. 82 Gebäudelänge und Gebäudebreite

¹ Die Gebäudelänge bezeichnet die längere Seite des kleinsten die Baute umhüllenden Rechtecks, soweit diese über dem gestalteten Terrain liegt. Unberücksichtigt bleiben Anbauten, Dachvorsprünge sowie unterirdische Bauten nach Art. 76a dieses Erlasses.

² Die Gebäudebreite bezeichnet die kürzere Seite des kleinsten die Baute umhüllenden Rechtecks, soweit diese über dem gestalteten Terrain liegt. Unberücksichtigt bleiben Anbauten, Dachvorsprünge sowie unterirdische Bauten nach Art. 76a dieses Erlasses.

Abbildung 9: Gebäudelänge und -breite



Gesamt- und Gebäudehöhe

PBG Art. 83 Gesamthöhe

¹ Die Gesamthöhe bezeichnet den senkrechten Abstand zwischen dem Niveaupunkt und dem höchsten Punkt des Dachs.

² Nicht angerechnet werden technisch notwendige Bauteile und Anlagen, wie Liftschächte, Kamine, Antennen, Dachränder, Solarzellen und Sonnenkollektoren.

PBG Art. 84 Gebäudehöhe

¹ Die Gebäudehöhe bezeichnet den senkrechten Abstand zwischen dem Niveaupunkt und dem ausgemittelten Schnittpunkt der Fassade mit der Dachoberkante in der Fassadenmitte.

² Bei Festlegung einer Gebäudehöhe wird wenigstens für zwei Gebäudeseiten auch ein Winkelmaß für die Bestimmung des Dachraums festgelegt.

BauR Art. 17 Zuschlag für Gebäudehöhe

Die Gebäudehöhe darf durch Dachränder, Brüstungen und Geländer um höchstens 1.2 m überschritten werden.

Abbildung 10: Gesamt- und Gebäudehöhe Schräg- und Flachdach

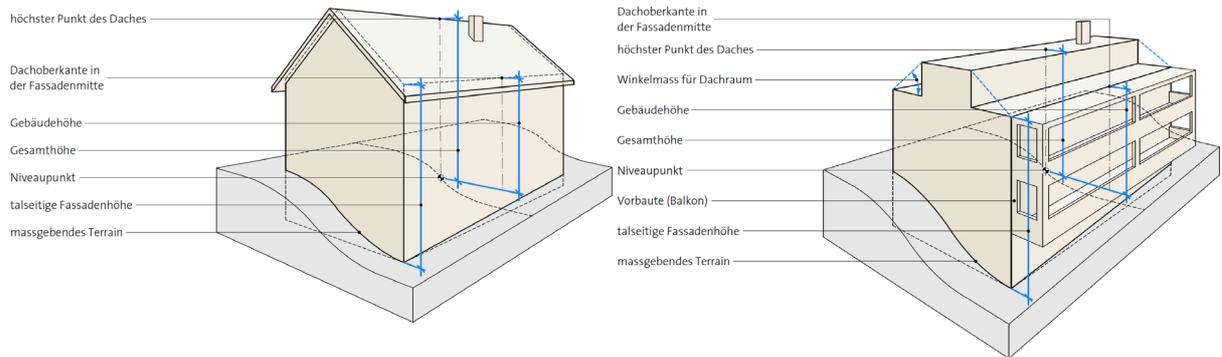


Abbildung 11: Gebäudehöhe bei unterschiedlich hohen Traufen

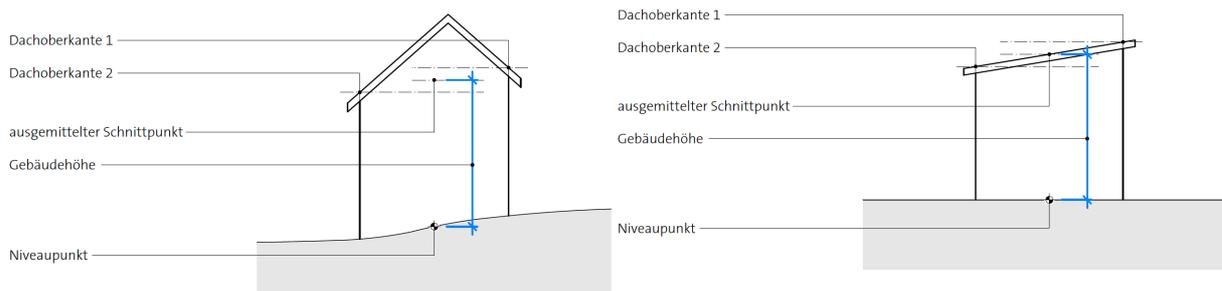
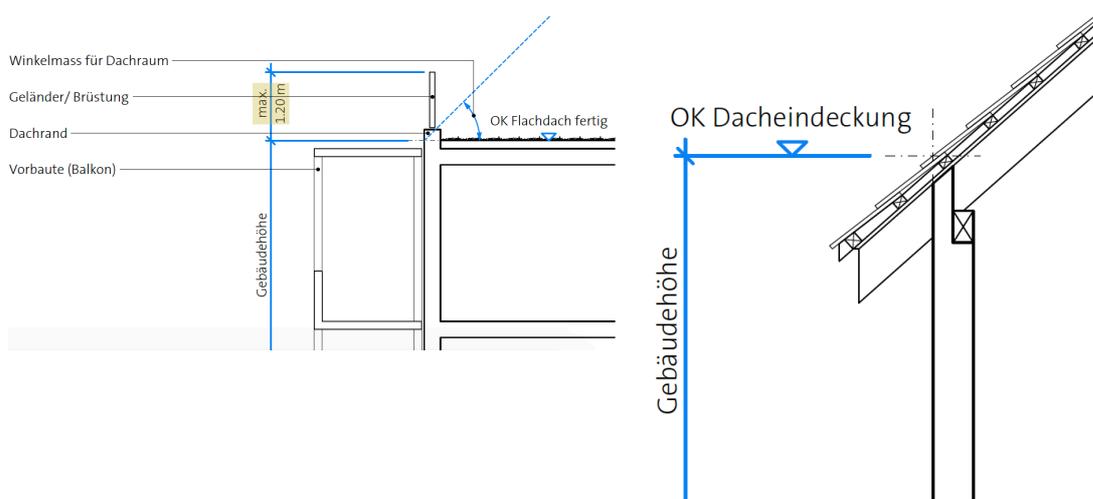


Abbildung 12: Dachoberkante



Dachraum

PBG Art. 84 Gebäudehöhe

- ¹ Die Gebäudehöhe bezeichnet den senkrechten Abstand zwischen dem Niveaupunkt und dem ausgemittelten Schnittpunkt der Fassade mit der Dachoberkante in der Fassadenmitte.
- ² Bei Festlegung einer Gebäudehöhe wird wenigstens für zwei Gebäudeseiten auch ein Winkelmass für die Bestimmung des Dachraums festgelegt.

PBG Art. 85 Dachraum

- ¹ Der Dachraum bezeichnet den Raum zwischen der höchstens zulässigen Gebäudehöhe und der höchstens zulässigen Gesamthöhe unter Einhaltung des nach Art. 84 Abs. 2 dieses Erlasses festgelegten Winkelmasses.
- ² Das Winkelmass beträgt bis zum festgelegten Bruchteil des Fassadenabschnitts höchstens 90 Grad.

BauR Art. 18 Dachraum

- ¹ Für die längeren Gebäudeseiten gilt für die Bestimmung des Dachraums das Winkelmass gemäss der Tabelle der Regelbaumasse. Es darf bis zur Hälfte Fassadenabschnitts höchstens 90 Grad betragen.
- ³ Für die übrigen Gebäudeseiten gilt ein Winkelmass von höchstens 90 Grad.
- ⁴ Flachdächer ab einem Ausmass von 25 m² sind zu begrünen, sofern sie nicht als Terrasse dienen oder mit Panels zur Energiegewinnung belegt werden.
- ⁵ Die Baubewilligungsbehörde kann im Rahmen von Art. 24 BauR abweichende Lösungen bewilligen, wenn diese in sich und in Bezug zu den übrigen Bauteilen gut gestaltet sind.

Abbildung 13: Dachraum

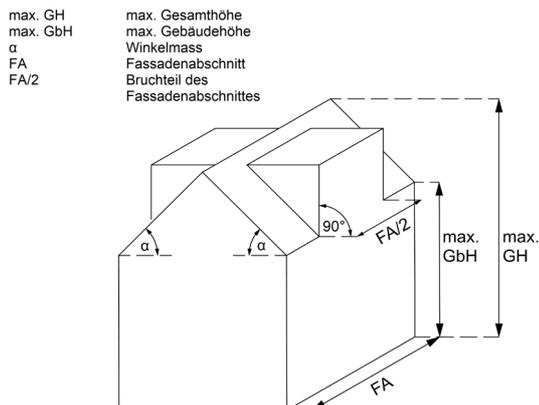
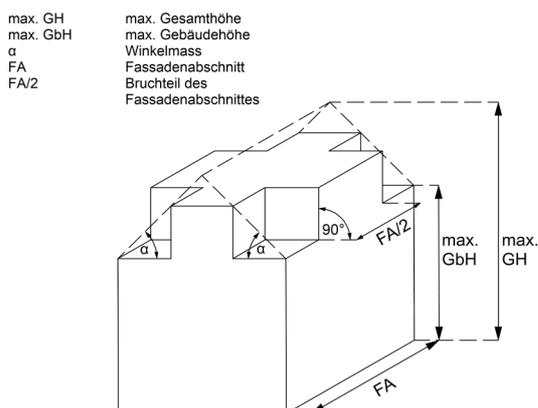
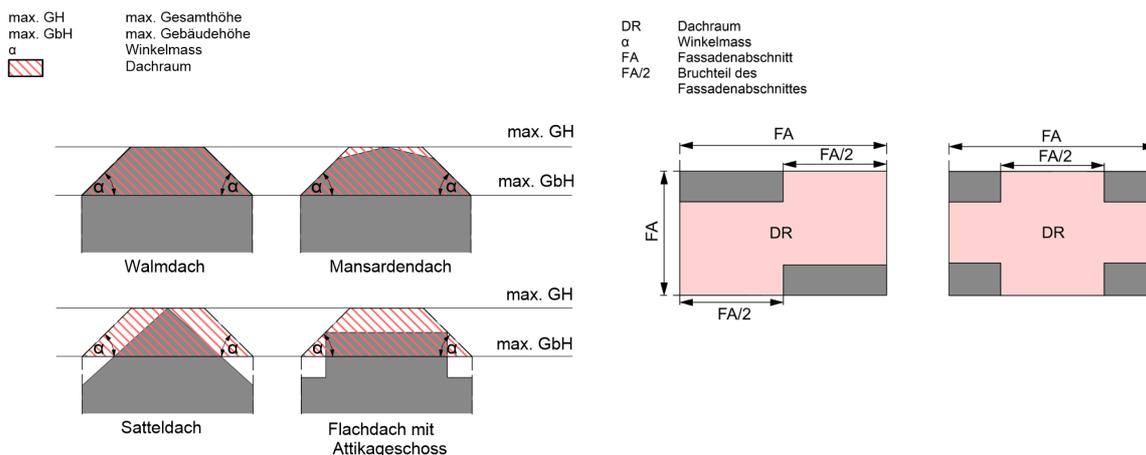


Abbildung 14: Bruchteil Fassadenabschnitt



NUTZUNGSZIFFERN

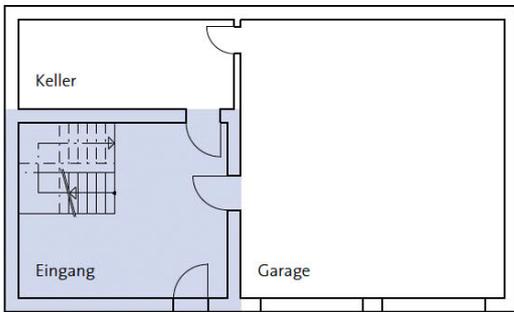
Geschossfläche

BauR Art. 15 Geschossfläche

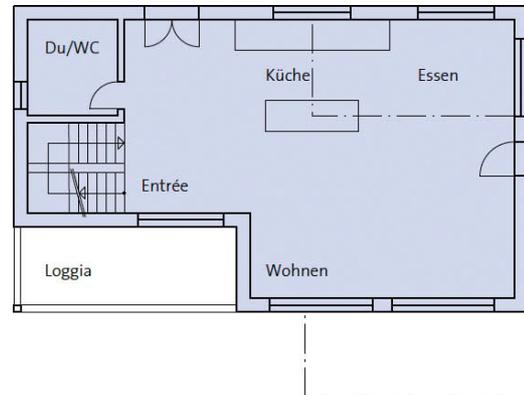
Als Geschossfläche gelten sämtliche innerhalb der Wohn- und Gewerbeeinheiten liegenden Flächen (wie Wohn- und Gewerberäume, Nebenräume, Verkehrsflächen), zuzüglich der Innen- und Aussenwandquerschnitte gemäss SIA 416. Nicht angerechnet werden Lufträume oder Aussen-Geschossflächen wie Balkone oder Loggien sowie nicht gewerbliche Keller, Lager oder Garagen

Abbildung 15: Geschossfläche

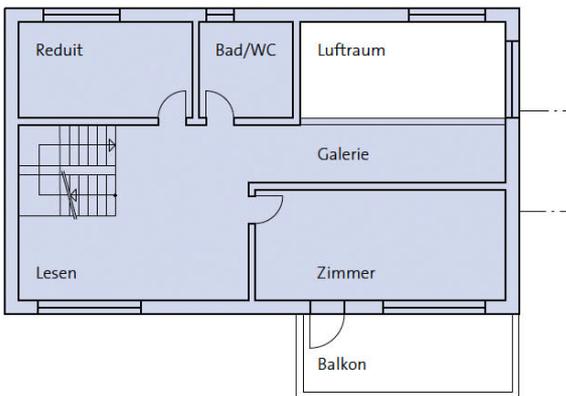
Untergeschoss



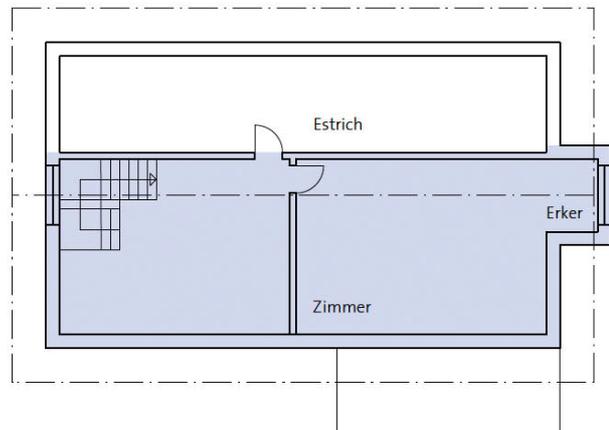
Erdgeschoss



Obergeschoss



Dachgeschoss



ABSTÄNDE

Gewässerabstand

PBG Art. 90 Gewässerraum und Gewässerabstand

¹ Die politische Gemeinde legt in der kommunalen Nutzungsplanung den Gewässerraum nach der Bundesgesetzgebung über den Gewässerschutz fest.

^{1bis} Die für die Festlegung des Gewässerraums massgebliche Uferlinie liegt am:

- a) Bodensee bei 396,7 Meter über Meer;
- b) Walensee bei 420,6 Meter über Meer;
- c) Zürichsee bei 406,2 Meter über Meer.

² Gegenüber Gewässern, bei denen auf die Festlegung des Gewässerraums verzichtet wurde, gilt für Bauten und Anlagen in der Bauzone ein beidseitiger Abstand von fünf Metern.

³ Die Unterschreitung des Abstandes ist zulässig, wenn:

- a) die Hochwassersicherheit gewährleistet ist;
- b) der Zugang und die ungehinderte Zufahrt zum Gewässer für den Unterhalt sichergestellt oder nicht erforderlich sind;
- c) keine ökologischen Interessen entgegenstehen.

⁴ Der Zustimmung der zuständigen kantonalen Stelle bedürfen:

- a) Baubewilligungen im Gewässerraum;
- b) Unterschreitung des Abstands nach Abs. 3 dieser Bestimmung.

Bemerkung: Solange der Gewässerraum noch nicht festgelegt wurde, gelten die Abstände gemäss Übergangsbestimmungen zur Änderung der Gewässerschutzverordnung (SR 814.201) vom 4. Mai 2011.

Waldabstand

PBG Art. 91 Waldabstand

¹ Der Mindestabstand gegenüber Wäldern beträgt ab Stockgrenze:

- a) 5 Meter für Strassen;
- b) 2 Meter für leicht befestigte Naturstrassen, die ohne Terrainveränderung erstellt werden;
- c) 15 Meter für die übrigen Bauten und Anlagen.

² In Nutzungsplänen können abweichende Abstände festgelegt werden, wenn die Waldgesetzgebung und die örtlichen Verhältnisse es zulassen. Der Mindestabstand für Bauten und Anlagen nach Abs. 1 Bst. c dieser Bestimmung beträgt 10 Meter.

Grenz- und Gebäudeabstand

PBG Art. 92 Grenzabstand

¹ Als Grenzabstand von Gebäuden gilt die kürzeste im Grundriss gemessene Entfernung zwischen Grenze und Fassade. Die politische Gemeinde kann einen grossen und einen kleinen Grenzabstand festlegen.

^{1bis} Wird ein grosser Grenzabstand festgelegt, wird er gegenüber der am meisten nach Süden gerichteten Hauptwohnseite eingehalten. Die politische Gemeinde kann im Rahmennutzungsplan:

- a) abweichende Ausrichtungen festlegen;
- b) die Aufteilung der Summe der massgebenden Grenzabstände auf mehrere Hauptwohnseiten zu gleichen Teilen für den Fall zulassen, dass ein Gebäude zwei oder mehr annähernd gleichwertige Hauptwohnseiten aufweist.

² Der Grenzabstand kann ungleich auf benachbarte Grundstücke verteilt werden, wenn sich die Eigentümerin oder der Eigentümer des benachbarten Grundstücks schriftlich zur Einhaltung eines entsprechend grösseren Grenzabstands verpflichtet. Die Baubehörde verfügt diese Verpflichtung als öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung und lässt sie im Grundbuch anmerken.

³ Die politische Gemeinde kann für Bauten innerhalb einer Zone andere Masse für die Grenzabstände festlegen als gegenüber Grundstücken in anderen Zonen.

PBG Art. 93 Gebäudeabstand

¹ Als Gebäudeabstand gilt die kürzeste Entfernung zwischen zwei Fassaden. Fehlen im kommunalen Rahmennutzungsplan Massangaben zum Gebäudeabstand, entspricht der Gebäudeabstand der Summe der für die beiden Gebäude vorgeschriebenen Grenzabstände. Er ist auch zwischen Gebäuden auf dem gleichen Grundstück einzuhalten.

² Steht auf dem Nachbargrundstück ein Gebäude mit einem geringeren als dem nach den massgebenden Bestimmungen geltenden Grenzabstand, genügt anstelle des Gebäudeabstands die Einhaltung des Grenzabstands, wenn keine wichtigen öffentlichen Interessen entgegenstehen.

PBG Art. 94 Abstände von Kleinbauten und Anbauten

¹ Kleinbauten und Anbauten können mit schriftlicher Zustimmung der Eigentümerin oder des Eigentümers des benachbarten Grundstücks bis an die Grenze gestellt werden.

PBG Art. 95 Abstandsfreie Gebäude und Gebäudeteile

¹ Für unterirdische Gebäude und Gebäudeteile bestehen keine Abstandsvorschriften, soweit der Nutzungsplan nichts anderes bestimmt.

² Oberirdische Gebäude und Gebäudeteile, die das massgebende oder tiefer gelegte Terrain höchstens um einen halben Meter überragen, weisen einen Abstand von wenigstens einem halben Meter zur Grenze auf. Mit schriftlicher Zustimmung der Eigentümerin oder des Eigentümers des benachbarten Grundstücks können sie bis an die Grenze gestellt werden.

BauR Art. 20 Kleinbauten und Anbauten

¹ Für Kleinbauten und Anbauten gelten folgende Masse:

- a) maximale Grundfläche: 50.0 m²
- b) maximale Gebäudehöhe: 3.50 m
- c) maximale Gesamthöhe: 5.00 m
- d) minimaler Grenzabstand: 2.00 m
- e) minimaler Gebäudeabstand: 2.00 m

² Für geringfügige Kleinbauten mit einer Grundfläche bis 10 m², die nicht dem Aufenthalt von Personen dienen, und nicht beheizt sowie an die Kanalisation oder Wasserversorgung angeschlossen werden, gelten folgende Masse:

- a) maximale Grundfläche: 10.0 m²
- b) maximale Gesamthöhe: 2.50 m
- c) minimaler Grenzabstand: 0.50 m
- d) minimaler Gebäudeabstand: 1.00 m

³ Bei einem Zusammenbau von Klein- und Anbauten über die Grenze gelten die Masse je Grundstück.

⁴ Die Anstosslänge an ein Nachbargrundstück darf 8.00 m nicht überschreiten.

⁵ Für An- und Kleinbauten an Hanglagen, die bergseits zu erschliessen sind, werden für die maximal zulässige Gebäude- und Gesamthöhe folgende Zuschläge gewährt:

- a) ab 15 % Hangneigung 0.5 m

Art. 2 ab 30 % Hangneigung 1.5 m

⁶ Die Hangneigung wird in der Falllinie durch den Niveaupunkt zwischen den Fassaden gemessen.

BauR Art. 21 Vorbauten und Dachvorsprünge

¹ Vorbauten dürfen auf höchstens einem Drittel der Fassadenlänge um höchstens 1.5 m in den Grenzabstand oder Strassenabstand hineinragen oder die Baulinie überschreiten. Davon ausgenommen sind Gewässer- und Waldabstände.

² Bei geschlossener Bauweise müssen Vorbauten von der seitlichen Grenze einen Abstand von 2 m einhalten. Mit schriftlicher Zustimmung des Nachbarn dürfen sie bis an die Grenze reichen.

³ Dachvorsprünge dürfen um höchstens 1 m, bzw. 0.5 m bei Kleinbauten in den Grenz- oder Strassenabstand hineinragen oder die Baulinie überschreiten. Davon ausgenommen sind Gewässer- und Waldabstände.

Abbildung 16: Grenzabstand und Gebäudeabstand

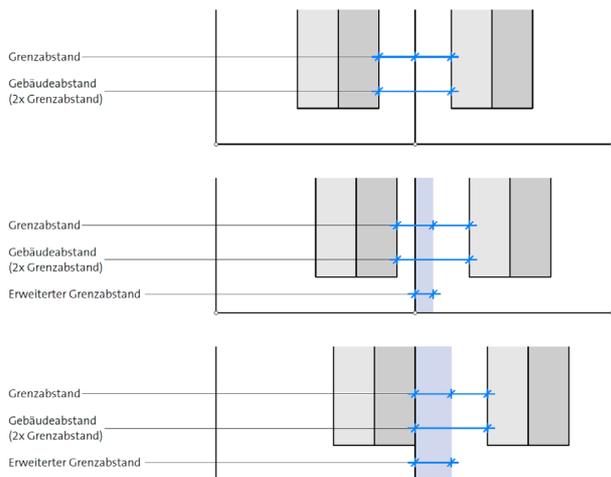


Abbildung 18: Vorbauten und Dachvorsprünge

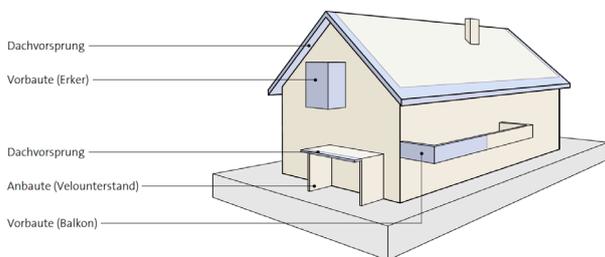


Abbildung 17: Grenzabstand und Dimensionen von Kleinbauten

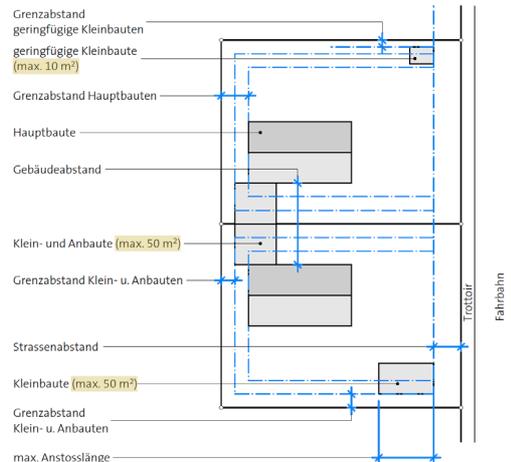
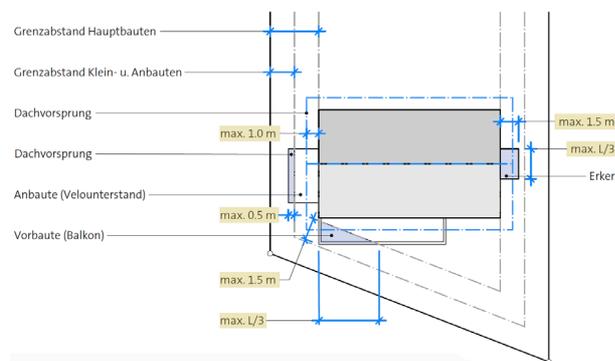


Abbildung 19: Grenzabstand und Dimensionen von Kleinbauten



TERRAIN

Terrainveränderungen

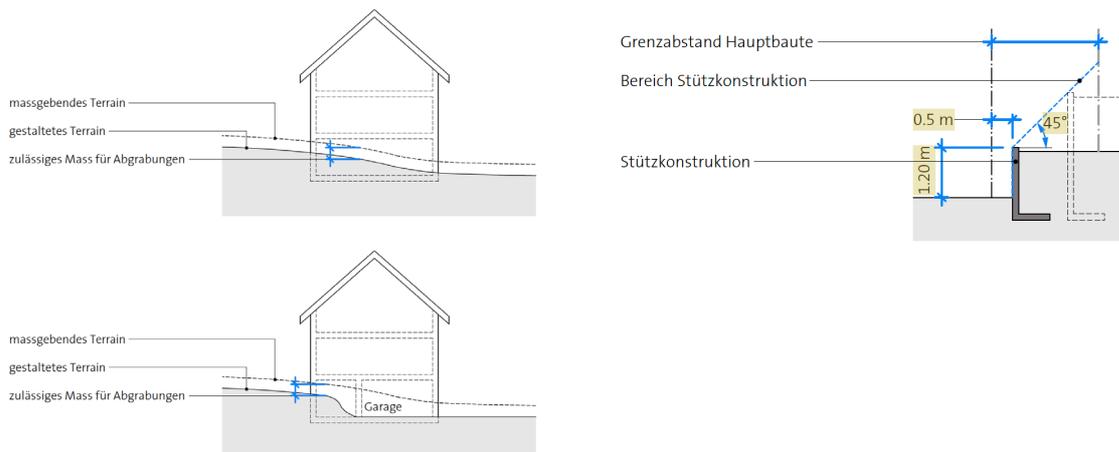
PBG Art. 97 Terrainveränderungen

- 1 Abgrabungen sind höchstens bis zum zulässigen Mass unter das massgebende Terrain erlaubt. Ausgenommen sind Haus- und Kellerzugänge, Gartenausgänge sowie Zufahrten.
- 2 Aufschüttungen werden dem massgebenden Terrain angepasst. Stützmauern und Böschungen weisen einen Abstand zur Grenze auf.
- 3 Die politische Gemeinde legt im kommunalen Nutzungsplan die zulässigen Masse und den Grenzabstand von Stützmauern und Böschungen fest.
- 4 Mit schriftlicher Zustimmung der Eigentümerin oder des Eigentümers des benachbarten Grundstücks können Stützmauern und Böschungen bis an die Grenze gestellt werden.

BauR Art. 23 Abgrabungen und Stützkonstruktion

- ¹ Das zulässige Mass für Abgrabungen ist in der Tabelle der Regelbaumasse festgelegt.
- ² Der Grenzabstand für Stützkonstruktionen richtet sich nach Art. 18 Abs. 2 BauR.
- ³ Auffüllungen werden dem massgebenden Terrain angepasst. Böschungen mit einem steileren Neigungswinkel als 2:3 müssen gesichert werden.

Abbildung 20: Abgrabungen und Stützkonstruktion



AUSSTATTUNG

Spielplätze

PBG Art. 71 Spielplätze **a) Erstellung**

- ¹ Bei Wohnbauten mit sechs und mehr Wohnungen mit wenigstens drei Zimmern erstellt die Grundeigentümerin oder der Grundeigentümer angemessene und den Bedürfnissen der Benutzerinnen und Benutzer angepasste Spiel- und Begegnungsbereiche.
- ² Die politische Gemeinde kann in einem Reglement Mindestflächen und Mindestanforderungen für Spiel- und Begegnungsbereiche festlegen.

BauR Art. 14 Spiel- und Begegnungsbereiche

- ¹ Mindestfläche für Spiel- und Begegnungsbereiche beträgt 10 % der Wohn-Geschossfläche (vgl. Art. 15 BauR). Wenigstens ein Viertel ist mit Hartbelag zu versehen.
- ² Spiel- und Begegnungsbereiche sind so auszurüsten und zu gestalten, dass sie den altersgerechten Bedürfnissen der Benutzerinnen und Benutzer entsprechen.
- ³ Wird von der Erstellungspflicht befreit, beträgt die Ersatzabgabe Fr. 500.-- je fehlenden Quadratmeter.

BauR Art. 12 Abstellplätze für Zweiräder

- ¹ Die Anzahl der zu erstellenden Abstellplätze für Fahrräder und Motorfahräder ermittelt sich nach der VSS-Norm 40 065.

Erläuterung zum Art. 12

Demnach ist grundsätzlich 1 Abstellplatz für Fahrräder oder Motorräder pro Zimmer zu erstellen. Je nach örtlichen Verhältnissen kann der Bedarf reduziert oder erhöht werden (z.B. bei ungünstiger Topographie). Für Zweiräder ist keine Ersatzabgabe vorgesehen.

GESTALTUNG

Ökologische Gestaltung

PBG Art. 130 Ökologischer Ausgleich

¹ Die politische Gemeinde sorgt in intensiv genutzten Gebieten innerhalb und ausserhalb des Siedlungsgebiets für den ökologischen Ausgleich mit Feldgehölzen, Hecken, Uferbestockungen oder anderer naturnaher und standortgemässer Vegetation.

² Flächen für den ökologischen Ausgleich können mit verwaltungsrechtlichen Verträgen gesichert werden.

BauR Art. 26 Umgebungsgestaltung

¹ Die Umgebungsgestaltung ist Bestandteil des Bauprojekts. Mit dem Baugesuch ist ein Umgebungsplan im Massstab 1:200 oder 1:100 einzureichen. Dieser enthält bspw. Parkierung und Erschliessung (Verkehrsflächen, Sichtzonen), Bauten und Anlagen (Treppen, Einfriedungen, Biotope, Retentions- und Versickerungsanlagen etc.), Terraingestaltung (Böschungen, Stützmauern), Bepflanzung.

² Die Umgebung der Bauten ist mit einheimischen, standortgerechten Bepflanzungen sowie mit einer möglichst geringen Bodenversiegelung zu gestalten. Wo möglich und sinnvoll sind extensiv bewirtschaftete Grünflächen anzulegen.

³ Bestehende Vorgärten und der typische Baumbestand sind unter dem Vorbehalt anderweitiger öffentlicher oder überwiegender privater Interessen zu erhalten. Vorplätze und Abstellplätze sind mit einem möglichst wasserdurchlässigen Belag auszuführen.

BauR Art. 28 Begrünung von Flachdächern

Flachdächer sind, soweit sie nicht als Terrassen genutzt werden, nach Norm SIA 312 zu begrünen.

INFOBLÄTTER, LEITFÄDEN UND ARBEITSHILFEN

Ökologische Gestaltung

Bioterra

www.bioterra.ch

Pro Natura

www.pronatura.ch

Standortgerechte Bepflanzungen

<https://floretia.ch/>

www.wildpflanzen.ch

Möckli R. (1995): Wildsträucher im Siedlungsraum; Merkblatt des SBN (Schweiz. Bund für Naturschutz) und des SVS (Schweizer Vogelschutz), Basel.

Witt R. (1995): Wildpflanzen für jeden Garten, 1000 heimische Blumen, Stauden und Sträucher – Anzucht, Pflanzung, Pflege; BLV, München.

Naturgärten

www.naturimgarten.ch/naturgarten/wildpflanzengarten.html

Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL, 1995): Naturnahe Gestaltung im Siedlungsraum, Leitfaden Umwelt Nr. 5 kann im Internet bestellt werden.

Vielfältige Lebensräume im grünen Band (Rheintal)

<http://regionrheintal.ch/raum-mobilitaet/>

Bepflanzungen (Flyer Einheimische Pflanzen statt exotische Problempflanzen)

www.ai.ch/themen/natur-und-umwelt/neophyten

Blumenwiese

www.pronatura.ch/de/2015/schritt-fuer-schritt-zur-eigenen-blumenwiese

Kleinstrukturen

www.natur-im-siedlungsraum.ch/wp-content/uploads/2019/04/Kleinstrukturen_fuer_Privatgaerten.pdf

Invasive Neophyten-Liste (Schweiz)

www.infoflora.ch/de/neophyten/listen-und-infoblätter.html

Vogelschutz

www.birdlife.ch

www.vogelwarte.ch

Leitfaden für Dachbegrünung, Stadt St. Gallen

<https://www.stadt.sg.ch/home/raum-umwelt/bauen-sanieren/natur-stadt/>

Biodiversität, PV-Strom und Regenwasserretention auf Flachdächern Energieagentur St. Gallen

<http://www.energieagentur-sg.ch>

Fassadenbegrünung

www.naturundwirtschaft.ch/de/assets/Dateien/Bilder/Publikationen/FassadenbegrünungJE.pdf

Lichtemissionen

BAFU:

- Begrenzung von Lichtemissionen – Merkblatt für Gemeinden
- Empfehlungen zur Vermeidung von Lichtemissionen
- Die Lichttoolbox

<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/elektrosmog/fachinformationen/lichemissionen--lichtverschmutzung-vollzugshilfe.html>

Verkehrerschliessung

Sichtfeld

Arbeitshilfe Strassenpolizeiliche Bewilligungen an Kantonsstrassen; Erörterung und Grundlagen

<https://www.sg.ch/bauen/tiefbau/richtlinien--normalien--merkblaetter.html>